



Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
19. September 2019
Deutsch
Original: Englisch

China und Russische Föderation: Resolutionsentwurf

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen, Erklärungen seiner Präsidentschaft und Presseerklärungen zur Situation in der Arabischen Republik Syrien,

in Bekräftigung seiner vollen Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Arabischen Republik Syrien im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen,

erneut seine tiefe Betroffenheit darüber *bekundend*, dass die ernste humanitäre Lage im Nordwesten Syriens unvermindert anhält und durch unterschiedslose Angriffe auf bevölkerte Gebiete, den Einsatz behelfsmäßiger Sprengvorrichtungen, Entführungen, außegerichtliche Tötungen, willkürliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, die Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Zwangsanwerbung noch verschärft wird,

mit dem Ausdruck seiner ernststen Besorgnis darüber, dass Terroristen in der Deeskalationszone von Idlib die Vorherrschaft führen und mehr als 90 Prozent des Gebiets kontrollieren, was Leid über die Zivilbevölkerung bringt und die humanitären Maßnahmen im Nordwesten Syriens behindert,

mit dem erneuten Ausdruck seiner unverbrüchlichen Entschlossenheit, die internationale Zusammenarbeit zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen zu stärken, und bekräftigend, dass alle terroristischen Handlungen, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wo, wann und von wem sie begangen werden, verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind,

bekräftigend, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass alle zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffenen Maßnahmen mit allen ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen, und gleichzeitig in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, gegen alle Aspekte der Bedrohung anzugehen, die von der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante (ISIL, auch bekannt als Daesh), Al-Qaida und der Al-Nusra-Front und allen anderen mit Al-Qaida oder ISIL verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen und anderen vom Sicherheitsrat benannten terroristischen Gruppen ausgeht,

ferner mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Staaten, dafür zu sorgen, dass der Terrorismus, ungeachtet seiner Ziele oder Beweggründe, keinesfalls geduldet wird, und *mit der Aufforderung* an alle Staaten, terroristische Aktivitäten weder zu organisieren noch dazu anzustiften, sie zu fördern, sich daran zu beteiligen, sie zu finanzieren, dazu zu ermutigen



oder sie zu dulden und geeignete praktische Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass ihr jeweiliges Hoheitsgebiet nicht für terroristische Einrichtungen oder Ausbildungslager oder zur Vorbereitung oder Organisation terroristischer Handlungen genutzt wird, die gegen andere Staaten oder deren Bürgerinnen und Bürger gerichtet sind,

in dem Bewusstsein, dass der unerlaubte Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten Konflikte verlängert, Gewalt verschlimmert, zur Vertreibung von Zivilpersonen beiträgt, die Achtung des humanitären Völkerrechts untergräbt, die Bereitstellung humanitärer Hilfe an die Opfer bewaffneter Konflikte behindert und Kriminalität und Terrorismus schürt,

unter Hinweis auf die rechtlichen Verpflichtungen aller Parteien nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen sowie allen einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, insbesondere die Verpflichtung, alle gezielten Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte sowie auf Sanitätspersonal und seine Transportmittel und Ausrüstung sowie auf Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen einzustellen,

mit dem Ausdruck seines Missfallens über die Diskrepanzen hinsichtlich der Koordinaten und des Zwecks der Einrichtungen, die den Parteien zur Konfliktvermeidung vorgelegt wurden,

unter Begrüßung der von der syrischen Regierung am 31. August 2019 verkündeten einseitigen Waffenruhe und *mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die anhaltenden militärischen Aktivitäten im Gouvernement Idlib, einschließlich der von den staatlichen Parteien durchgeführten, die zu weiteren Feindseligkeiten führen und die humanitäre Lage verschlimmern können,

erneut mit großer Beunruhigung feststellend, dass nach wie vor kein humanitärer Zugang zum Gouvernement Idlib besteht, und in diesem Zusammenhang unter Hinweis auf seine Resolution 2449 (2018), betonend, wie wichtig es ist, die Grundsätze der Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe einzuhalten, sowie daran erinnernd, wie wichtig es ist, dass die humanitären Hilfslieferungen diejenigen erreichen, für die sie bestimmt sind, und in dieser Hinsicht mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass für die grenzüberschreitende Auslieferung humanitärer Hilfe in den Nordwesten Syriens keine Überwachungs- und Rechenschaftsmechanismen vorhanden sind,

betonend, wie wichtig die Deeskalation, die Achtung von Waffenruhevereinbarungen sowie die vollinhaltliche Durchführung der Resolutionen 2254 (2015), 2268 (2016) und 2401 (2018) als Schritte in Richtung auf eine umfassende landesweite Waffenruhe sind, und betonend, dass alle Parteien die Verpflichtungen, die sie im Rahmen bestehender Waffenruhevereinbarungen eingegangen sind, einhalten müssen und dass der humanitäre Zugang Teil dieser Anstrengungen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht sein muss,

Kenntnis nehmend von der am 17. September 2018 zwischen der Russischen Föderation und der Türkei geschlossenen Vereinbarung, die im Dokument S/2018/852 des Sicherheitsrats übermittelt wurde,

unterstreichend, dass die Mitgliedstaaten nach Artikel 25 der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, die Beschlüsse des Rates anzunehmen und durchzuführen,

1. *beschließt*, dass alle Parteien die Einstellung der Feindseligkeiten ab dem 31. August 2019 weiterführen, um eine weitere Verschlechterung der bereits jetzt katastrophalen humanitären Lage im Gouvernement Idlib zu verhindern;

2. *bekräftigt*, dass die Einstellung der Feindseligkeiten nicht für militärische Operationen gegen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen gilt, die mit vom Sicherheitsrat benannten terroristischen Gruppen verbunden sind;

3. *bekräftigt* seinen in Resolution 1373 (2001) enthaltenen Beschluss, wonach alle Staaten es unterlassen müssen, Einrichtungen oder Personen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind, in irgendeiner Form aktiv oder passiv zu unterstützen, namentlich indem sie der Belieferung von Terroristen mit Waffen ein Ende setzen, verurteilt auf das Entschiedenste alle Fälle von Nichtbefolgung des genannten Beschlusses und betont, wie wichtig es ist, die einschlägigen Resolutionen vollständig und wirksam durchzuführen und in geeigneter Weise die mit ihrer Nichtdurchführung zusammenhängenden Probleme anzugehen;

4. *erklärt erneut*, dass alle Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, die entweder im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle von mit ISIL oder Al-Qaida verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, einschließlich der auf der ISIL (Daesh)- und Al-Qaida-Sanktionsliste verzeichneten, stehen oder diese auf andere Weise unterstützen, für die Aufnahme in die genannte Liste in Betracht kommen;

5. *verlangt erneut*, dass alle Parteien ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, nachkommen, den sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu der notleidenden Bevölkerung zu erleichtern und alle Angriffe auf Zivilpersonen, zivile Objekte, Sanitätspersonal, ausschließlich medizinische Aufgaben wahrnehmendes humanitäres Personal und seine Transportmittel, auf Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen einzustellen und alle zivilen Objekte, Krankenhäuser und anderen medizinischen Einrichtungen im Einklang mit dem Völkerrecht zu entmilitarisieren und die Errichtung militärischer Stellungen in besiedelten Gebieten zu vermeiden;

6. *ersucht* den Generalsekretär, mittels seiner Guten Dienste und der Anstrengungen seines Sondergesandten für Syrien, wie in Resolution 2254 (2015) dargelegt, weiter darauf hinzuwirken, eine sofortige, dauerhafte und bestandfähige Lösung für die Situation im Gouvernement Idlib zu finden, und fordert alle in Betracht kommenden Mitgliedstaaten, Konfliktparteien und die internationale Gemeinschaft auf, diese Anstrengungen zu unterstützen und diesbezüglich konkrete Hilfe zu leisten;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.